

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Selbmann. Druck: Auer Verlag, Auer. Verlagspreis: 1.20 M. pro Quartal. Anzeigenpreis: 1.00 M. pro Zeile. Postamt: Auer. Abonnement: 3.00 M. pro Quartal. Einzelhefte: 0.40 M.

Nr. 198

Freitag, den 27. August 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die polnische Offensive ist zum Stillstand gekommen. Millerand mahnt Polen zum Frieden.

Wegen der Vorgänge in Oberschlesien riefte die Reichsregierung an den Verband eine neue Note.

Der polnische Generalfstab gibt zu, polnisches reguläres Militär auf ober-schlesisches Gebiet zur Besetzung aufzuheben.

In Stuttgart ist es infolge Steuerabotage der Arbeiter zur Aufsperrung von 18000 Arbeitern gekommen. Mit dem Generalfstab wird gedroht.

In Breslau kam es infolge von Zusammenstößen zwischen Deutschen und Haller-Soldaten in Oppeln zu schweren Ausschreitungen.

Vor dem Entscheidungskampf gegen den Bolschewismus?

Die späteren Nachrichten bestätigen durchaus den ersten Eindruck, daß Lloyd George in seiner bisher dem Bolschewismus gegenüber befolgten Politik einen grundlegenden Wechsel vollzogen hat. Es ergibt sich tatsächlich, daß nach Warschau ein bis Freitag begrenztes Ultimatum abgegangen ist, daß General Lloyd George Millerand eine gemeinsame Aktion zur bewaffneten Unterstützung Polens vorgeschlagen haben, und daß man in Paris triumphiert, weil jetzt der bisher allein von Frankreich vertretene Standpunkt rücksichtsloser Gewaltanwendung zu allgemeiner Gültigkeit gelangt zu sein scheint. Es geht genau in diesen Rahmen hinein, wenn dabei ausdrücklich erklärt wird, daß vor dem britischen Oberkommando in Gungli, Herrn Tower, Waffentransporte für Polen im Dampferhafen zu Unrecht festgehalten worden seien. Man sieht also, daß die Entente zurzeit jede Einschränkung die Partei Polens nimmt, während noch vor ganz kurzer Zeit derselbe Lloyd George die Kriegserklärung Polens an Rußland vor dem englischen Unterhause verurteilt hat. Alle Welt weiß natürlich, daß die Erklärung des englischen Ministerpräsidenten, die russische Sowjetregierung habe durch Erweiterung ihrer seinerzeit beabsichtigten Friedensbedingungen einen großen Bruch von Treue und Glauben begangen, nur ein Vorwand ist. Die russischen Delegierten in London sollen dem auch unter Protest gegen diesen Lloyd Georges Dreh ihre Waffe gefordert haben, was einstweilen den Eintritt des Kriegszustandes bedeutete. Niemand in der ganzen Welt bezweifelt auch des weiteren, daß für den Frontwechsel der Entente ausschließlich der militärische Umschwung auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz maßgebend gewesen ist. Dies als richtig angenommen, kommt man zwangsläufig zu dem Schluß, daß die Entente den Bolschewismus ben Entscheidungskampf zu proklamieren. Man scheint in London, Rom und Paris der festen Überzeugung zu sein, daß der Bolschewismus am Ende seiner militärischen Kraft angelangt ist, die bisher zugleich die einzige Stütze seiner Macht dargestellt hat. Nach einem Funkpruch aus Moskau hat nun dort eine Tagung der leitenden Männer des Bolschewismus stattgefunden, auf der eine Entschliebung angenommen wurde, in der die Mißerfolge an der polnischen Front ganz offen zugegeben werden, gleichzeitig aber auch von neuem zum Kampf gegen die polnischen Diebe und die verräterische Bourgeoisie der Westmächte aufgerufen wird. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob das bloß ein Wuff ist. Stehen dahinter aber neue Sowjetkämpfe, dann wird die Welt mit atemloser Spannung sehen, wie der Entscheidungskampf zwischen Westdemokraten und Bolschewismus ansetzt und verläuft.

Deutsche Protestnote gegen den Poleneinfall.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz im Anschluß an die Note vom 21. August folgende weitere Note überreicht: Die Lage im ober-schlesischen Abkommungsgebiet hat sich seit dem 21. August in bedrohlicher Weise verschlimmert. Von stehenden Armeen, die unter internationaler Verwaltung stehen, sind sieben, darunter der gesamte Industriebezirk, von bewaffneten Kutschkern heimgesucht, die an vielen Stellen die tatsächliche Gewalt an sich gerissen haben. Durch die Unruhen ist in der Kohlenförderung auf die Deutschland zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen anerkanntermaßen angewiesen ist, eine bedeutende Stockung eingetreten. Damit wächst die Gefahr eines Stillstandes der Industrie und vermehrter Arbeitslosigkeit. Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung sind an der Tagesordnung. Es wird gemeldet, daß alliierte Truppen sich mit den Insurgenten verbündet haben. Die Sicherheitspolizei, die im Dienste der internationalen Kommission Blut und Leben gegen bewaffnete Aufständler einsehen mußte, ist trotz ihrer Hilferufe stellenweise ohne Unterstützung gelassen worden. Die Internationalisierte Kommission hat bei Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien bekanntgegeben, daß sie alle Unruhestifter, wer es auch sein möge, rücksichtslos und ohne Gnade verfolgen werde. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ordnung stören, revolutionäre Komplote verüben, offen oder heimlich, zum Widerstande gegen die Verwaltung aufstehen, sollten auf strengste bestraft werden. Der Zustand, in dem sich heute das Land befindet, steht mit dieser Kundgebung in Widerspruch. Er widerspricht aber auch dem Vertrag von Versailles, nach dessen Bestimmungen die Internationalisierte Kommission die Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bewohner vor Schaden an Leib und Eigentum zu bewahren. Wiederholt hat die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit der Internationalisierten Kommission und der verbündeten Hauptmächte auf die Bewaffnung der polnischen Vereine gelenkt. Sie hat durch außenpolitische Dokumente den Nachweis erbracht, daß von polnischer Seite, offenbar um die Abtötung zu vereiteln, eine

gewalttätige Erhebung vorbereitet wurde. Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß ihre Warnungen unbeachtet blieben und so die augenblicklichen Zustände ermöglicht wurden. Die Erregung der Bevölkerung, die sich dem Terror einer bewaffneten Minderheit preisgegeben sieht, wächst und kann zu Folgen von unabsehbarer Tragweite führen. Die Möglichkeiten sind für die deutsche Regierung gering, da ihr der unmittelbare Verkehr mit dem Abtötungsgebiet versagt ist. Von den ihr gebliebenen beschränkten Möglichkeiten macht sie Gebrauch, um eindringlich zur Ruhe und Besonnenheit zu ermahnen. Ihre Mahnungen werden auf die Dauer aber nur dann Erfolg haben, wenn in der Bevölkerung das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird. Dazu ist erforderlich, daß die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingebrungenen Unruhestifter des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Drie an beheimatete Behörden zurückgegeben wird. Straffes Zusammengreifen ist notwendig, auch kommt es darauf an, daß die Anordnungen der obersten Stellen von allen Organen gewissenhaft befolgt werden. Wichtige Maßnahmen gegen eine Wiederholung der sich jetzt abspielenden Ereignisse sind unerlässlich. Die alliierten Mächte werden dem deutschen Volk nicht zumuten wollen, schweigend mit anzusehen, wie Deutsche in Oberschlesien verzwängt werden. Das Recht der deutschen Regierung ist es, sich zum Sprecher des verletzten Volksempfindens zu machen und darauf zu bestehen, daß das eng mit dem übrigen Reich verwachsene Land im Einklang mit den bestehenden Verträgen behandelt und verwalet wird.

Teilnahme polnischen Militärs am Aufstand.

Polnischerseits ist in Oberschlesien bekanntlich auf das entschiedenste bestritten worden, daß reguläres polnisches Militär an dem dortigen Aufstand beteiligt sei. Korstanty wagt es allerdings nicht, rundweg zu behaupten, daß die deutschen Meldungen über die Teilnahme polnischer Soldaten an den Kämpfen ganz und gar erlogen, sondern er erklärt, daß die in polnischer Uniform wahrgenommenen Kämpfer demobilisierte, aus Oberschlesien stammende Haller-Soldaten seien. Diese Erklärung ist zu gesucht, als daß sie selbst bei leichtgläubigen Lesern Glauben erwecken könnte. Der polnische Generalfstab streift aber die Behauptung des ober-schlesischen Polensführers Lügen. Die Kopenhagener Nationalitätenversammlung nämlich aus Warschau:

Der polnische Generalfstab erklärt eine Erklärung, wonach die polnischen Truppen in Oberschlesien nicht etwa zur Befreiung Oberschlesiens, sondern nur zum Schutze der bedrohten polnischen Bevölkerung eingerückt seien.

Diese Erklärung des polnischen Generalfstabes ist auch insoweit noch interessant, als in ihr gegen die Internationalisierte Kommission und damit gegen die ganze Entente die Beschuldigung erhoben wird, daß sie nicht für ausreichenden Schutz des polnischen Teiles der Bevölkerung Sorge getragen hätte. Deshalb sei Polen seinen Landesleuten selbst zu Hilfe gekommen. Unschicklich der zahlreichen polnischen Ueberrfälle auf deutsche Versammlungen in letzter Zeit ist dies eine leichtfertige Behauptung. Von der Entente aber muß unter allen Umständen erwartet werden, daß sie für die schweren Verletzungen des Versailler Vertrages durch das Einrücken polnischer Militärs in Oberschlesien ausreichende Sühne fordert und sich für eine den Umständen entsprechende Entschädigung der durch die polnischen Truppen an Leib und Gut geschädigten Grenzbevölkerung einsetzt.

Der russisch-polnische Krieg.

Eine Mahnung Millerands an Polen.

Wie der Matin erfahren haben will, soll Ministerpräsident Millerand der Regierung in Warschau zu verstehen gegeben haben, daß es notwendig sei, den Russen mögliche Friedensbedingungen zu stellen, damit der Friede in Mitteleuropa rasch wiederhergestellt werde.

Rußland drängt zum Frieden.

Dem Nieuwe Rotterdamse Courant zufolge hat Tschitcherin einen Funkpruch an Kamenev gefandt mit der Bitte, ihn der englischen Regierung mitzutellen. Es wird darin der Friedenswille der Sowjetregierung zum Ausdruck gebracht und die Bereitwilligkeit Rußlands erklärt, an der Bedingung, daß in Polen eine Miliz von Arbeitern aufgestellt werden müsse, nicht festzuhalten. Dadurch sei vollkommene Uebereinstimmung mit England und Italien hinsichtlich aller Bedingungen für den Frieden mit Polen erreicht worden.

Kamenev und Krassin nach in London.

Die Times erklärt, daß der Bericht, daß Kamenev und Krassin ihre Waffe verlangt hätten, unrichtig sei. Wie verlautet, erwarten beide Sowjetdelegierten, daß spätestens bis heute (Freitag) eine befriedigende Antwort auf die Note Balfours eintreffen werde.

Der polnische Vormarsch zum Stillstand gebracht.

Der polnische Vormarsch ist anscheinend in der Wüste Proskien-Ossowiez-Dialstol zum Stillstand gekommen. An der Frontenfront ist die Lage unverändert. Ostlich von Vemberg lokale Erfolge der Polen, die weiter südlich zu der Dnjestr-Winde führten.

Wrangel's Truppen in Odessa.

Odessa meldet: Die polnische Armee steht zwei Tagemärsche vor Winkl. Kowel wird von den Polen beschossen. An der Südfont sind große Truppenverlagerungen von Warschau abgegangen. Mit der Vorbereitung einer großen Offensive ist zu rechnen. Der Matin meldet, daß die Truppen des Generals Wrangel in die Vorstädte von Odessa eingebrungen seien.

Witna ausgeplündert.

Wie die Berlingste Tidende aus Kowno telegraphiert, ist Witna vollständig ausgeplündert. Die Bolschewisten haben im Widerspruch mit allen getroffenen Vereinbarungen die Bankdepotiten mitgeführt, alle Warenlager ausgeräumt und Maschinen usw. entfernt.

Großes von dem Polen genommen.

Der Matin erfährt aus Warschau, daß Abteilungen der zweiten polnischen Gardebataillon Grodna eingenommen haben.

Die Geschäftehändler am Polen.

Im Temps wird das an die Polen gelieferte Kriegsmaterial auf mehr als 400 Geschosse schweren Kalibers angegeben.

Russische Kriegserklärung an Frankreich?

Die Moskauer Pranda meldet: Im Räte der Sowjets wurde mit Mehrheit ein Antrag gestellt, der eine Kriegserklärung an Frankreich zu fordern. Der Antrag wird damit bekräftigt, daß die Franzosen sowohl der polnischen Armee des Marschalls Pilsudski, als auch den sibirischen Truppen des Generals Wrangel aktiv Hilfe leisten.

Scharfe Maßnahmen gegen Steuerabotage.

Spernung industrieller Betriebe in Württemberg.

Nachdem in den letzten Tagen alle Versuche, mit der radikalen Aktion der Stuttgarter Arbeiterchaft in Sachen des Steuerabzuges zu einer gütlichen Verständigung zu gelangen, gescheitert sind, geht nunmehr die württembergische Regierung mit den scharfsten staatlischen Machtmitteln gegen die Steuerabotage vor. Eine Bekanntmachung des Staatsministeriums, die Donnerstag früh veröffentlicht wurde, besagt, daß die Betriebsleitungen der Daimlerwerke in Untertürkheim, der Boschwerke in Stuttgart und Feuerbach und der Maschinenfabrik Esslingen von Donnerstag ab so lange geschlossen bleiben, und zwar im Einverständnis mit der Staatsregierung, als die Durchführung des Steuerabzuges mit Gefahr für die leitenden Persönlichkeiten der Betriebe sowie für die Betriebsanlagen verbunden ist. Bei Gewaltanwendung durch die Radikalen wird sofort die Einwohnervwehr aufgerufen, vorwiegend auch gleich der Belagerungszustand erklärt. Die Wortführer der Radikalen erklärten bei den letzten Verhandlungen über den Steuerabzug, gerade weil es sich hier um Lebensfragen des Staates handele, gebe man nicht nach, weil man diesen gegenwärtigen Staat vernichten wolle.

Schwere Ausschreitungen einer Belegschaft.

Auf der Siegerländer Charlottenhütte kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Belegschaft wollte den Betriebsdirektor und den ihn begleitenden technischen Generalinspektor zwingen, mehrere verkaufte Stunden zu bezahlen. Der Vorstand des Werkes beschloß alsbald, angesichts der unmöglich gewordenen ordentlichen wirtschaftlichen Weiterführung des Werkes, den Betrieb zu schließen und sämtliche Arbeiter mit sofortiger Wirkung zu entlassen.

Gegen die Zirkular der Eisenbahnen.

Gegen die Preisgabe der Staatsautorität wendet sich jetzt der allgemeine Eisenbahnerverband, der zu den Verhandlungen über die Kontrolle der Waffentransporte nicht zugezogen war, in einer längeren Entschliebung, in der es unter anderem heißt, den Eisenbahnern sei bekanntgegeben, daß der Aufruf, der gemeinsam von den freien Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien erlassen worden ist, zu Unrecht die Unterschrift des Hauptbetriebsrates der Eisenbahner trägt. Der Hauptbetriebsrat hat sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht beschäftigt. Wenn sein Vorsitzender dieses Amt in jedem Sinne parteipolitisch mißbraucht hat, so sind von den unfernen Verbänden angehörigen Mitgliedern des Hauptbetriebsrates die notwendigen Schritte bezweigen eingeleitet worden.

Kleine politische Meldungen.

Einberufung des Reichstages. Das Reichskabinett ist nahezu vollständig wieder in Berlin versammelt. Der Parteiausschuß der Sozialdemokratie beschloß, die Einberufung des Auwärigen Amtes und des Reichstages zu fordern, damit Aufklärung über die deutsche auswärtige Politik erlangt werde.

Der Athener Kommunistenführer ein Schwindler. Bei dem Athener Witsch hatte ein angeblicher Oberlehrer Dr. Berg Oberleutnant d. R., eine hervorragende Rolle gespielt. Dies Zusammenreffen — ein Oberleutnant als Kommunist, kann für einen Sozialisten nichts anderes als ein Spiel sein — war für die sozialistische Presse das Hauptbeweismittel gewesen, daß der Athener Witsch Losspielarbeit gewesen sei. Jetzt geht der Athener Zeitung von der Abwicklungsstelle Athien folgende Mitteilung zu: Berg war, wie eine Nachricht seiner Heimatsbehörde besagt, nie als Oberlehrer an dortigen höheren Lehranstalten tätig; auch führt er den Titel Doktor zu Unrecht. Erkundigungen bei seinem Feldregiment ergaben, daß ein Berg in den Ranglisten nicht geführt wird. Infolgedessen dürfte auch diese Angabe auf Unwahrheit beruhen.

Neuer Streik der Hafenarbeiter. Der Hafenbetriebsverein in Hamburg hat die Forderung der organisierten Ha-